

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Motorfahrzeugsteuer: Wo bleiben Alternativen?

Eintreten auf Regierungsvorlage zur Änderung des Motorfahrzeugsteuer-Gesetzes im Landtag umstritten

(mö) – Umstritten war im letzten Landtag das Eintreten auf die Regierungsvorlage zur Änderung des Motorfahrzeugsteuer-Gesetzes. Ein Rückweisungsantrag des FBP-Abgeordneten Dr. Dieter Walch erhielt allerdings nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, so dass die neue Gesetzesvorlage in erster Lesung beraten wurde. Anlass zur Kritik gab insbesondere der Umstand, dass die Regierung nicht auf die Forderungen nach einer Systemänderung einging.

Die FBP-Fraktion hatte im Mai letzten Jahres eine Reihe von umweltpolitischen Postulaten im Landtag eingereicht, darunter auch die Prüfung eines Bonus-Malus-Systems bei der Bemessung der Motorfahrzeugsteuer. Ursprünglich ging die Regierung auch davon aus, dass nach Ablauf der Steuerbefreiung für Katalysator-Fahrzeuge Ende 1989 die Nicht-Kat-Fahrzeuge mit dem doppelten Steuersatz zu belegen seien. Nach der Vernehmlassung, bei der sich die Autoverbände und das Autogewerbe vehement gegen diese Erhöhung aussprachen, liess die Regierung jedoch ihren Vorschlag fallen und beantragte nun dem Landtag, das Postulat gleichzeitig mit der Behandlung der Gesetzesvorlage abzuschreiben. Auch die Liechtensteinsche Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hatte auf die Gesetzesvorlage reagiert und ein Modell mit einer kilometerabhängigen Motorfahrzeugsteuer vorgeschlagen.

### Keinerlei Anreiz zur Änderung

Der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch verwies in der Begründung seines Rückweisungsantrages darauf, dass die neue Gesetzesvorlage keinerlei Anreiz zur Änderung des persönlichen Fahrverhaltens biete. Seiner Ansicht nach käme nur eine Besteuerung nach folgenden Kriterien in Frage: nach dem Fahrzeugtyp bzw. dem Treibstoffverbrauch oder nach der Anzahl der gefahrenen Kilometer. Des weiteren sollten Zweitautos im selben Haushalt eine höhere Besteuerung unterzogen werden. Nicht die Förderung des öffentlichen Verkehrs müsste, so Dr. Walch weiter, an die erste Stelle gesetzt werden, sondern die Verkehrskosten müssten insgesamt erhöht werden, damit auch ein echter Anreiz für ein Umsteigen auf ein funktionierendes und preiswertes öffentliches Verkehrssystem bestehe. Die Regierung wäre gut beraten, würde sie dem Landtag eine neue Gesetzesvorlage unterbreiten, welche «den geforderten ökologischen und ökonomischen Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung und des Staates mehr entgegenkommt, als die im Augenblick mehr dem Einzelnen dienende Vorlage», betonte der FBP-Abgeordnete Dr. Walch abschliessend.

### Wo bleiben Alternativvorschläge?

Auch FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann und der VU-Abgeordnete Dr. Helmuth Matt bedauerten es, dass in der Regierungsvorlage nicht auf alternative Modelle eingegangen wurde. Liechtenstein hätte als Kleinstaat die besondere Chance, ein neues Modell zu prüfen und auszuführen, um so ein ökologisch vorbildliches Gesetz zu schaffen, bemerkte Josef Biedermann. Nach Ansicht von

Dr. Helmuth Matt wäre eine Einschränkung des Privatverkehrs nur mit drastischen finanziellen Steuerbelastungen zu erreichen, die politisch aufgrund einer massiven bürgerlichen Gegenwehr niemals durchführbar seien. Dieselben Bedenken hatte auch Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, der ebenfalls zu neuen Ideen neigte, allerdings auch feststellte, dass beim Liechtensteiner in dieser Sache nicht viel Akzeptanz zu erwarten sei. Um eine mögliche Änderung herbeizuführen, verbliebe dem Landtag laut Dr. Ritter einzig die Variante, ein neues Gesetz für dringlich zu erklären, um so ein Referendum zu verhindern und der Bevölkerung eben die Dringlichkeit der Massnahme vor Augen zu führen. Sehr einfach machte es sich in der Debatte der VU-Abgeordnete Beat Hasler, der zum Schluss gelangte, dass die von der Regierung vorgeschlagene Lösung trotz ihrer Mängel halt doch noch die beste sei.

### Hubraum oder Gewicht entscheidend

Nach dem Gesetzesentwurf werden

künftig Personenwagen, Motor- und Kleinmotorräder nach dem Hubraum besteuert, während für die Last- und Lieferwagen, Kleinbusse und Gesellschaftswagen sowie andere Schwerfahrzeuge das Gesamtgewicht massgebend sein soll. Für PW und Motorräder sieht die Vorlage damit keine grundsätzliche Systemänderung vor, da für die Zweiräder bereits bisher nach diesem System vorgegangen wurde, während für Personenwagen die Anzahl der Steuer-PS massgebend ist.

Zweifelsohne geht damit die Regierung den einfachen Weg des geringsten Widerstandes. Es verwundert deshalb nicht, dass sich Regierungschef Hans Brunhart etwas schwer tat beim Versuch, die Vorwürfe aus dem Landtag zu entkräften, und eigentlich nur die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung als Gegenargument ins Feld führen konnte, obwohl es auch ihm lieber wäre, wenn man eine Vorbildfunktion wahrnehmen könnte.

(Mehr über die Eintretensdebatte lesen Sie im Innern der heutigen Ausgabe.)



Die Regierung hat dem Landtag einen Entwurf für ein neues Gesetz über die Motorfahrzeugsteuer vorgelegt, das sich im Wesentlichen an das bisher geltende Recht anlehnt und damit kaum zu einer Einschränkung des starken Privatverkehrs (wie hier in Vaduz) beitragen dürfte. (Archivbild)

## Staatsgerichtshof und VU-Mehrheit im Landtag

Bisher wurden alle Anträge und Vorschläge der FBP-Fraktion mit VU-Mehrheit abgelehnt

(G.M.) – Zur Feststellung von Tatsachen, wie es die Verfassung und das Gesetz über die Kontrolle der Staatsverwaltung vorsieht, verlangte die FBP-Fraktion im Landtag die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Weil die VU-Mehrheitspartei die Bildung einer solchen Kommission, die mit der Abklärung konkreter Fragen beauftragt werden sollte, kategorisch abgelehnt hat, verliess die FBP-Fraktion den Landtagssaal. Hintergrund der FBP-Intervention war, mit einer Bereinigung der Affäre Staatsgerichtshof das Vertrauen in den Staatsgerichtshof zurückzugewinnen.

Einer Reihe von Anträgen und Vorschlägen, die geeignet gewesen wären, zu einer Bereinigung der Staatsgerichtshof-Affäre beizutragen, erteilte die VU-Mehrheit im Landtag seit 1984 eine Absage. Seit vier Jahren spielt die VU-Mehrheit ein doppelbödiges Spiel in dieser Angelegenheit, indem sie einerseits die Unantastbarkeit der Gerichtsbarkeit in unserem Land unterstreicht, auf der anderen Seite jedoch dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, unvorbereitet in aller Öffentlichkeit den Rücktritt nahelegt. Auch vor wenigen Tagen betonte der VU-Fraktionssprecher im

Landtag die Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofes, gab in einem Radio-Interview in Fortsetzung des doppelbödigen Spiels zu erkennen, dass die VU dem Staatsgerichtshofpräsidenten den Rücktritt empfohlen habe.

### VU-Macht bei Wiederwahl

Ein erstes Mal setzte die VU-Fraktion ihre Mehrheit bei der Wiederwahl des Staatsgerichtshofes 1984 ein, obwohl damals eine Aufsichtsbeschwerde wegen Rechtsverweigerung gegen den Staatsgerichtshofpräsidenten vorlag. Gegen den Willen der FBP-Fraktion setzte die VU die Wiederwahl durch und lehnte eine Verschiebung der Wahl bis zur Erledigung der Aufsichtsbeschwerde ab.

Einen weiteren Vorschlag unterbreitete die FBP-Fraktion ein Jahr später bei der Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof, indem sie auf die Nominierung eines vizepräsidenten verzichtete. Sie wollte damit, wie FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erklärte, einen «konstruktiven Beitrag zur Lösung der Krise um unser höchstes Gericht leisten und mithelfen, den vor drei Monaten eingetretenen Rechtsstillstand im Staatsgerichtshof zu beenden.»

### VU gegen FBP-Initiative

Als die FBP-Fraktion im vergangenen Jahr eine Gesetzesinitiative zur Abänderung der Verfassung hinsichtlich der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes einbrachte, erteilte die VU-Mehrheit diesem Vorschlag wiederum eine klare Absage. Die FBP-Initiative hätte sozusagen eine «Goldene Brücke» gebaut, um die Krise beim Staatsgerichtshof zu beenden und um das Vertrauen in den Staatsgerichtshof wieder zurückzugewinnen.

FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann erklärte damals im Landtag, der «unhaltbare Zustand im Staatsgerichtshof erfordert einen Entscheid des Landtags.» Der Landtag als Wahlbehörde des Staatsgerichtshofes stehe in der Verantwortung, deshalb sei der Landtag aufgefordert, seine Verantwortung wahrzunehmen. Damals wie heute, als die VU-Fraktion die Bildung einer Untersuchungskommission verweigert, ist die Mehrheitspartei der Auffassung, dass der Landtag keine Verantwortung wahrzunehmen habe.

(Mehr über die Affäre Staatsgerichtshof im Innern der heutigen Ausgabe.)

## Postauto-Angebot ständig verbessert

Das Postauto als öffentliches Verkehrsmittel soll auch in Zukunft verstärkt als attraktives Angebot und Alternative zum privaten Motorfahrzeug ausgebaut werden. Der Anfang wurde mit der Fahrplanänderung vom 31. Mai 1987 gemacht, als das Angebot an Kursen um 25 Prozent gesteigert wurde. Mit der einjährigen Versuchsphase Nulltarif steigerte sich der Zustrom zu den Postautos, gleichzeitig wurden mit Begleituntersuchungen und Befragungen zusätzliche neue Kurse eingeführt. Unter anderem wurde am Morgen die Verbindung von Triesen nach Buchs ausgebaut, ein neuer Kurs von Triesenberg nach Vaduz installiert und die Pendelverbindung von Feldkirch nach Vaduz verstärkt. Die Unterländer Gemeinden werden seither vermehrt in das Fahrplannetz einbezogen.

Die Nulltarif-Versuchsphase ist abgeschlossen, ein neues und verbessertes Tarifsysteem wird vom 1. Januar 1989 an eingeführt. Besonderen Wert wird auf die Abgabe von preisgünstigen Abonnements gelegt. Die Nachfrage nach diesen Abonnements ist nach Auskunft der zuständigen Dienststelle der Kreispostdirektion St. Gallen sehr gross. Insbesondere wurden bisher viele Jahresabonnements für Rentner und Schüler sowie Lehrlinge abgegeben. Auch das sehr preisgünstige Familienabonnement erfreut sich nach Auskunft der Post grossen Zuspruchs.

(Siehe auch unser Hinweis auf die Änderungen im Tarifsysteem im Innern der heutigen Ausgabe.)

## Bombe verursachte Jumbo-Absturz über Schottland

Hochexplosiver Sprengstoff an zwei Metallteilen eines verdächtigen Gepäckstücks gefunden

Lockerbie (AP) Der Absturz eines Grossraumflugzeuges der US-Fluggesellschaft PanAm über dem schottischen Ort Lockerbie vor einer Woche ist von einer Bombenexplosion verursacht worden. Das britische Verkehrsministerium gab am Mittwochabend bekannt, Fachleute hätten Spuren eines hochexplosiven Sprengstoffes an zwei Metallteilen eines verdächtigen Gepäckstückes gefunden, das aus dem abgestürzten Jumbo stamme.

Die an den Trümmern gefundenen Rückstände des Sprengstoffes seien positiv identifiziert worden. Sie stammten von einem hochwirksamen Plastiksprengstoff, hiess es in der Erklärung, die auf einer Pressekonferenz am Unglücksort Lockerbie bekanntgegeben wurde. Die von der Abteilung des Ministeriums zur Untersuchung von Flugunfällen gesammelten Beweise, einschliesslich der Ergebnisse der Auswertung der zwei Flugschreiber habe zu dem vorläufigen Schluss geführt, dass die Boeing 747 am Mittwoch, dem 21. Dezember, kurz nach Überfliegen der schottischen Grenze in 31 000 Fuss Höhe (etwa 9500 Meter) von einer Explosion zerrissen worden sei, die sofort zur Zerstörung des Flugzeuges geführt habe.

Die Verlautbarung enthielt keinen Hinweis auf den Sprengstofftyp oder darauf, wo er in der Maschine platziert war. Es bleibe noch viel zu untersuchen, besonders hinsichtlich der Art des Sprengkörpers, worin er versteckt war, wo im Flugzeug er platziert war und über die Abfolge der Ereignisse, die unmittelbar auf die Explosion folgten, hiess es in der Erklärung weiter.

In den ersten Tagen nach dem Absturz war bekannt geworden, dass ein unbekannter Araber die finnische Polizei von einem angeblich bevorstehenden Bombenanschlag auf eine amerikanische Verkehrsmaschine gewarnt hatte und dies der US-Botschaft in Helsinki auch mitgeteilt worden sei. Der anonyme Anrufer, der nach Angaben der Polizei bereits mehrmals zuvor die israelische und US-Botschaften vor angeblichen Anschlägen gewarnt hat, habe auch den angeblichen Bombenleger genannt. Doch sei dies ein unbescholtener Araber, der seit Jahren in Finnland lebe und mit einer Finnin verheiratet sei. Die Polizei vermutet, dass ein persönlicher Streit zwischen dem Anrufer und dem Denunzierten Grund der «Warnungen» ist.

Auch die Frankfurter Polizei erklärte am Mittwoch, es seien keine Anhaltspunkte dafür gefunden worden, dass in Frankfurt möglicherweise eine Bombe an Bord der Boeing 727 gebracht worden sei, mit der Flug Nummer 103 am 21. Dezember begann, der dann in London mit dem Unglücksjumbo fortgesetzt wurde.

Die «Times» schrieb in ihrer Mittwochausgabe, an der Kunststoffauskleidung des Laderaums der Boeing 747 seien Hitzeschäden entdeckt worden, die wahrscheinlich Folgen einer Explosion vor dem Aufprall der Maschine in dem schottischen Dorf Lockerbie seien. Die Hitzeschäden seien eindeutig erkannt worden, es müsse aber den Fachleuten der Wehrtechnischen Forschungs- und Entwicklungsanstalt in Fort Halstead überlassen werden festzustellen, ob sie von einer Bombe verursacht worden seien, zitierte die Zeitung einen Experten.

In Fort Halstead wird bereits ein zeretzter Koffer auf Sprengstoffspuren hin untersucht. Am Dienstag seien weitere Koffer gefunden worden, die offenbar von Metallsplittern zerfetzt wurden, berichtete die «Times» weiter.

Brilliant-Schmuck ist im spezialisierten DIAMANT-HAUS besonders günstig

sicher aktuell

Geldanlage in Diamanten

DIAMANT-HAUS

Vaduz, Herrergasse 27, Tel.: 075/290 90

(Telefonisten rund um die Uhr)

Balans®

REZEPTFREI

THONY

Fl. 9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075-244 22

WOHNEN